

Für den Landkreis Göppingen in Berlin



SPD

Ausgabe 75 Oktober 2019

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

wieder einmal jagt eine schlechte Nachricht die nächste. Wir wurden hart getroffen durch den furchtbaren rechtsterroristischen Angriff in Halle, der uns erneut gezeigt hat, welche Gefahr von der rechtsextremen Szene ausgeht. Und wie wichtig es ist, dass wir uns auf allen Ebenen politisch und privat gegen Hetze, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit einsetzen.

Gleichzeitig nimmt in der EU die Brexit-Tragödie ihren scheinbar unendlichen Lauf. Es ist schmerzhaft, mit anzusehen, wie eine der ältesten parlamentarischen Demokratien sich durch aufgepeitschte Debatten in eine unnötige, existenzielle Krise manövriert. Ein Warnsignal für diejenigen, die denken, Populismus führe zu Lösungen.

Und an den Rändern der EU sticht die Türkei in das Vakuum, das der US-Präsident in unverantwortlicher Weise in Nordsyrien hinterlassen hat. Eine humanitäre Katastrophe, ein Völkerrechtsbruch und ein weiteres Zeichen der Krise in der internationalen Zusammenarbeit.

Diese drei Brennpunkte mit all ihren Verbindungspunkten markieren die großen aktuellen Herausforderungen. Nationalistische und autori-

täre Bewegungen und Regierungen strapazieren unsere Demokratien. Sie sind der Nährboden furchtbarer Einzeltaten, führen zu gesellschaftlicher Spaltung und zur Erosion internationaler Institutionen. Je mehr diese schwächeln, desto weniger finden sie Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Gleichzeitig verlieren sie an Glaubwürdigkeit und Vertrauen und werden noch schwächer. Selbst die EU scheint gefangen in diesem Teufelskreis, in welchem keine Lösung für die Krise in Nordsyrien gefunden wird. Fehlende innere Solidarität bei der Aufnahme von Geflüchteten lässt sie in tragischer Weise erpressbar erscheinen gegenüber der Türkei. Auch hier schafft der Rechtspopulismus neue Konflikte anstatt Lösungen aufzuzeigen.

Umso mehr brauchen wir Kräfte, die Menschlichkeit, Demokratie, Zusammenarbeit und Solidarität verteidigen. Wer sich fragt, warum es eine starke SPD braucht, kann darin wieder und wieder die Antwort finden. Auch deswegen erwarte ich mit Spannung das Ergebnis unserer Parteivorsitzwahl.

Ihre/Eure



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb



Kommunen sicher finanzieren

Die Grundsteuer ist mit etwa 15 Milliarden Euro im Jahr eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen. Sie musste reformiert werden, weil das Bundesverfassungsgericht eine Neuregelung der Grundsteuer bis Ende des Jahres verlangt hatte. Wäre die Neuregelung nicht zustande gekommen, hätten die gewaltigen Einnahmeausfälle die kommunale Selbstverwaltung stark beeinträchtigt. Für eine Änderung war allerdings eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig, so dass wir nicht nur mit dem Koalitionspartner verhandeln, sondern auch Grüne und FDP mit ins Boot holen mussten. Jetzt wurde eine Einigung erzielt, für die unser Finanzminister Olaf Scholz engagiert auf allen Ebenen geworben hat.

Für uns als SPD war bei der Grundsteuerreform das wichtigste Ziel die Sicherung der finanziellen Grundlagen der Städte und Gemeinden, um die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung aufrechtzuerhalten und zu stärken. Der Bund behält weiterhin die Gesetzgebungskompetenz für die Grundsteuer, dennoch wird den Ländern das Recht eingeräumt, abweichende landesrechtliche Regelungen zur Grundsteuer zu erlassen. Dieser Kompromiss war notwendig, um die hohe Hürde der Zweidrittel-Mehrheit zu überwinden und die Zustimmung des Bundesrates nicht zu gefährden.

Die Berechnung der Grundsteuer wird sich auf Bundesebene auch weiterhin am Wert

der Grundstücke orientieren. Es macht demnach einen Unterschied, ob ein Haus oder eine Wohnung in einem begehrten Innenstadtviertel oder in einer weniger gefragten Randlage einer Metropole steht, ob es sich in einer ländlichen Gemeinde oder in der Stadt befindet. Dieser Wertbezug war für uns ein entscheidender Punkt, der nun in der Bundesregelung abgesichert wird. Hinzu kommt: Immobilien des sozialen Wohnungsbaus, kommunale sowie gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften sollen unter bestimmten Voraussetzungen bei der Grundsteuer begünstigt werden. So wird die Grundsteuer einfacher, gerechter und zukunftsfähig. Die Umsetzung wird trotzdem nicht einfach werden.

Außerdem unterstützen wir Städte und Gemeinden, Wohnraum zu schaffen und gegen Grundstücksspekulationen vorzugehen. So erhalten die Kommunen das Recht, eine Grundsteuer auf unbebaute, aber bebaubare Grundstücke zu erheben. Im parlamentarischen Verfahren haben wir erreicht, dass Kommunen auch aus städtebaulichen Gründen diese Art der Grundsteuer einführen können. Damit erhalten die Kommunen die Möglichkeit, Bauland zu mobilisieren, ihre Baulücken leichter zu schließen, Spekulationen entgegenzuwirken und eine gute Stadtentwicklung zu betreiben.



Gerecht geliefert

Unser Einkaufsverhalten hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Die meisten von uns bestellen zumindest gelegentlich, viele auch regelmäßig etwas online: Für dieses Jahr werden rund 3,7 Milliarden Paketsendungen erwartet. Diese gesellschaftliche Gewohnheit darf aber nicht auf Kosten der Paketzustellerinnen und -zusteller gehen. Und auch nicht zu Lasten der Unternehmen, die sich an Recht und Gesetz halten. Es ist inakzeptabel, wenn schwarzgearbeitet wird, Sozialversicherungsbeiträge hinterzogen werden oder die Vergabe von Aufträgen an Subunternehmer genau dazu genutzt wird. Um diese Praxis zu verhindern, haben wir als SPD die Initiative ergriffen und in dieser Woche das Paketboten-Schutz-Gesetz beschlossen.

Die großen Paketdienste müssen nun die Verantwortung für alle Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer in ihrer Branche übernehmen. Das Aushebeln von Arbeitnehmerrechten wird unterbunden. Deswegen werden die Unternehmen stärker in die Pflicht genommen und die sogenannte Nachunternehmerhaftung in dieser Branche eingeführt. Damit werden diejenigen, die Aufträge an andere Unternehmen weitergeben, dafür verantwortlich, dass anständige Arbeitsbedingungen herrschen und Sozialabgaben korrekt gezahlt werden. Sie können ihre Hände nicht mehr in Unschuld waschen, indem sie auf den Subunternehmer zeigen. So sichern wir Arbeitnehmerrechte und sorgen für fairen Wettbewerb in der Paketbranche. Wir als SPD-Bundestagsfraktion haben dafür gesorgt, dass diese Regelung noch vor dem Weihnachtsgeschäft in Kraft treten kann.

Umgesetzt

Auszubildende sind die Zukunft der Betriebe in unserem Land. Sie lernen und packen mit an. Dafür haben sie eine faire Entlohnung verdient! Das ist heute in zu vielen Ausbildungsberufen noch nicht der Fall, z.B. bei Friseurinnen. Uns war es wichtig, das zu ändern. Wir freuen uns, dass es jetzt gelungen ist: Im ersten Ausbildungsjahr werden mindestens 515 € gezahlt, im dritten mindestens 695 €. Bis 2023 erhöht sich die Mindestvergütung im ersten Lehrjahr schrittweise auf 620 €.

**IM BUNDESTAG
BESCHLOSSEN!**

Azubis verdienen faire Löhne!



Die Mindestausbildungsvergütung kommt.

Unterwegs im Landkreis

Arbeitsmarktpolitisches Gespräch mit meinem Kollegen Dr. Martin Rosemann, Vertretern des Job-Centers Göppingen und Karin Woyta in der Fahrradwerkstatt der Staufen Arbeits- und Beschäftigungsförderung in Geislingen. Alle haben bestätigt, dass das neu geschaffene Instrument zur Teilhabe am Arbeitsmarkt ein großer Fortschritt ist.



Arbeiten



Schwimmen

Gemeinsam mit 15 Ehrenamtlichen organisiert die Vorsitzende des DLRG Ebersbach, Carla Molt jeden Montag ein Schwimmprogramm für 80 Kinder im Hallenbad UHINGEN. Es ist wichtig, die steigende Zahl der Nichtschwimmer zu reduzieren!

Mit Christopher Flik sprach ich über seinen ersten Monat im Amt als Bürgermeister von Zell unter Aichelberg. Gerade Themen wie die Grundsteuerreform und das Spannungsfeld zwischen Wohnraumförderung und weniger Flächenverbrauch zeigen, wie nah sich Kommunal- und Bundespolitik oft stehen.



Loslegen

Einstimmig wurde der von mir
eingebrachte Leitantrag **Pflege
für ein solidarisches Land – Gute
Pflege geht uns alle an** beim
Landesparteitag in Heidenheim
verabschiedet. Schritt um Schritt
für eine gute Pflege im Land!



Termine - 26. Oktober bis 15. November 2019

Samstag, 26. Oktober bis Sonntag, 03. November
Urlaub

Montag, 04. bis Freitag, 08. November
Sitzungswoche in Berlin

Freitag, 08. November 19:00 Uhr
Jugendsportschau
Heiningen

Samstag, 09. November 19:00 Uhr
Aufaktveranstaltung "30 Jahre Mauerfall"
Albershausen

Sonntag, 10. November 11:00 Uhr
Verabschiedung Dekan Rolf Ulmer
Stadtkirche Göppingen

Montag, 11. bis Freitag, 15. November
Sitzungswoche in Berlin

Bürgerbüro



Roth Carreé Schillerplatz 10
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159



www.heike-baehrens.de
heike.baehrens.wk@bundestag.de



www.facebook.com/baehrensmdb